

Aktenzeichen:	II-1210
Geschäftsbereich:	II
Organisationszeichen:	X913
Gültigkeit:	ab dem 22.08.2019

Arbeitsanleitung Nr. 091

Vermittlungsbudget

§ 44 SGB III - Förderung aus dem Vermittlungsbudget

(1) Ausbildungssuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitsuchende und Arbeitslose können aus dem Vermittlungsbudget der Agentur für Arbeit bei der Anbahnung oder Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gefördert werden, wenn dies für die berufliche Eingliederung notwendig ist. Sie sollen insbesondere bei der Erreichung der in der Eingliederungsvereinbarung festgelegten Eingliederungsziele unterstützt werden. Die Förderung umfasst die Übernahme der angemessenen Kosten, soweit der Arbeitgeber gleichartige Leistungen nicht oder voraussichtlich nicht erbringen wird.

(2) Nach Absatz 1 kann auch die Anbahnung oder die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Stunden wöchentlich in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz gefördert werden.

(3) Die Agentur für Arbeit entscheidet über den Umfang der zu erbringenden Leistungen; sie kann Pauschalen festlegen. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sind ausgeschlossen. Die Förderung aus dem Vermittlungsbudget darf die anderen Leistungen nach diesem Buch nicht aufstocken, ersetzen oder umgehen.

§ 16 – Leistungen zur Eingliederung

(3) Abweichend von § 44 Abs. 1 Satz 1 SGB III können Leistungen auch für die Anbahnung und Aufnahme einer schulischen Berufsausbildung erbracht werden.

§ 16g - Förderung bei Wegfall der Hilfebedürftigkeit

(1) Entfällt die Hilfebedürftigkeit der oder des Erwerbsfähigen während einer Maßnahme zur Eingliederung, kann sie weiter gefördert werden, wenn dies wirtschaftlich erscheint und die oder der Erwerbsfähige die Maßnahme voraussichtlich erfolgreich abschließen wird.

(2) Zur nachhaltigen Eingliederung in Arbeit können Leistungen nach dem Ersten Abschnitt des Dritten Kapitels, nach § 44 oder § 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Dritten Buches oder nach § 16a oder § 16f bis zu sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme auch erbracht werden, wenn die Hilfebedürftigkeit der oder des Erwerbsfähigen aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entfallen ist. Während der Förderdauer nach Satz 1 gilt § 15 entsprechend.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeiner Hinweis	4
1. Fördervoraussetzungen	4
2. Antragsverfahren	5
3. Förderanlässe	7
4. Fördermöglichkeiten	7
5. Abgrenzung zu anderen Leistungen	16
6. Förderausschlüsse	17
7. Zusammenarbeit mit dem ILC	18
Anhang § 6 Beförderungsauslagen	19
Anlage Abtretungserklärung	20

Zielsetzung

Die Förderung aus dem Vermittlungsbudget (VB) ist eine Ermessensleistung der aktiven Arbeitsförderung. Dadurch steht den Integrationsfachkräften (IFK) ein flexibles und am individuellen Bedarf ausgerichtetes Instrument zur Beseitigung individueller Problemlagen zur Verfügung, durch welches die

- Anbahnung
- Aufnahme
- Stabilisierung

einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erleichtert werden soll.

Es soll somit eine auf den Einzelfall zugeschnittene Lösung für die/den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) gefunden werden.

Bei Unterstützung der Anbahnung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder einer betrieblichen/schulischen Ausbildung können die Kosten übernommen werden, die die Vermittlungssituation der eLb allgemein verbessern, ohne dass ein konkretes Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzangebot vorliegt. Die Anbahnung kann damit auch im Erzielen eines Integrationsfortschritts und dem Überwinden von Integrationshemmnissen bestehen.

Die Unterstützung der Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist dagegen unmittelbar auf ein konkretes sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis oder eine betriebliche/schulische Ausbildung bezogen.

Leistungen aus dem VB können zur nachhaltigen Eingliederung in Arbeit bis zu sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme erbracht werden, auch wenn die Hilfebedürftigkeit aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entfallen ist. Leistungen aus dem VB können zum Beispiel erforderlich sein, wenn erst nach Aufnahme des Beschäftigungsverhältnisses festgestellt wird, dass für die Fortführung der Beschäftigung eine vorübergehende Unterstützung der Mobilität (z. B. Fahrtkosten) notwendig ist.

Allgemeiner Hinweis

Paragrafen ohne Bezeichnung des Gesetzes sind solche des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II).

1. Fördervoraussetzungen

Die Leistungsgewährung nach § 16 Abs. 1 i.V.m. § 44 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) kommt nur in Betracht, wenn die Voraussetzungen nach § 7 bereits aktuell eingetreten sind (Ausnahme: Arbeitslosengeld I-Aufstocker*innen, s. „Rechtskreiswechsel“) oder innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten, nachdem die Hilfebedürftigkeit aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entfallen ist (§ 16g Abs. 2). Eine präventive Leistungsgewährung lässt die Gesetzeslogik nicht zu.

Personenkreis

Die über § 16 Abs. 1 i.V.m. § 44 SGB III gewährten Leistungen müssen dem Zweck der beruflichen Eingliederung untergeordnet sein. Die Förderung ist allein am konkreten Erfolg ausgerichtet.

Berufliche Eingliederung

Den IFK ist ein Ermessen eingeräumt, welches sich sowohl auf die grundsätzliche Entscheidung zur Förderung nach dieser gesetzlichen Grundlage als auch auf die Auswahl und Gestaltung der Leistung im Einzelnen bezieht („Kann-Leistung“). Die im Rahmen der pflichtgemäßen Ermessensausübung getroffene Entscheidung zur Förderart, Dauer und Höhe muss individuell und nachvollziehbar begründet werden.

Ermessensausübung

Vor der Förderung ist eine hinreichend gesicherte Prognose hinsichtlich des Eingliederungserfolges oder der Stabilisierung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich. Diese Prognose muss im Rahmen der Eingliederungsstrategie nachvollziehbar in VerBIS dokumentiert werden.

Prognose

Gemeinsam mit den Verpflichtungen der/des eLb ist u.a. in der Eingliederungsvereinbarung (EinV) aufzunehmen, welche Leistungen die/der eLb zur Eingliederung in oder Stabilisierung der Arbeit erhält.

EinV

Die Förderung aus dem VB kann für die Anbahnung oder Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gewährt werden.

Versicherungspflicht

Eine Förderung aus dem VB zur Sicherung eines bestehenden Arbeitsverhältnisses ist grundsätzlich ausgeschlossen. Ausgenommen ist ein Zeitraum von bis zu sechs Monaten nach Beschäftigungsaufnahme, auch wenn die Hilfebedürftigkeit aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entfallen ist und die Förderung zur Stabilisierung des Beschäftigungsverhältnisses beitragen soll.

Bestehende Arbeitsverhältnisse

Die Förderung der Anbahnung oder Aufnahme eines Minijobs kann im Einzelfall erfolgen, wenn eine konkrete versicherungspflichtige Beschäftigung in Aussicht

Minijob

steht. Voraussetzung ist, dass der Minijob in der EinV als ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Eingliederung in die versicherungspflichtige Beschäftigung festgelegt ist. Bereits bestehende Minijobs sind von der Förderung ausgeschlossen.

Die Beseitigung von Vermittlungshemmnissen durch die Erstattungen von Bewerbungskosten, Reisekosten, Fahrkosten für Pendelfahrten, Kosten für getrennte Haushaltsführung, Kosten für den Umzug, Fahrkosten zum Antritt einer Arbeits- oder Ausbildungsstelle und Kosten für Arbeitsmittel und notwendige Übersetzungen (z.B. Arbeitsvertrag) können im Rahmen des VB auch bei einer Beschäftigungsanbahnung oder -aufnahme im Ausland übernommen werden. Der Begriff Ausland umfasst die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und die Schweiz. Eine Übersicht ist im Anhang zu finden. Die Beschäftigung im Ausland muss mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassen.

Ausland

Leistungen aus dem VB für eine Arbeitsaufnahme im Ausland werden im Regelfall nicht für Angehörige solcher Berufsgruppen gewährt, die üblicherweise im Ausland tätig sind (z. B. animateur*innen, Berufssportler*innen, Künstler*innen, Schiffspersonal). Dies gilt auch für die Entsendung von Arbeitnehmer*innen ausländischer Firmen in das Ausland (z. B. Reisebüros, Zeitarbeitsfirmen).

Eine Förderung aus dem VB ist nur als Zuschuss möglich.

Nur Zuschuss

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sind ausgeschlossen. Eine abweichende Erbringung von Leistungen ist in § 24 geregelt.

Keine Leistungen zum Lebensunterhalt

2. Antragsverfahren

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden gem. § 37 auf Antrag erbracht. Als Antragstellung gilt jede schriftliche, mündliche oder fernmündliche Erklärung die erkennen lässt, dass Leistungen begehrt werden. Leistungen werden nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht. Aber: Ein formloser Antrag ist unverzüglich auf dem vorgesehenen Formblatt nachzuholen.

Antragserfordernis

Formblatt

Die Antragstellung ist als VB-Vermerk in der VerBIS-Kundenhistorie zu dokumentieren. Der/dem eLb ist das Merkblatt „Vermittlungsdienste und Leistungen“ auszuhändigen bzw. zuzusenden. Das Merkblatt ist im BA-Intranet unter Arbeitsmittel – Staat und Recht – Merkblätter der BA zu finden.

**VB-Vermerk/
Merkblatt**

Vor Auszahlung der bewilligten Beträge ist die Vorlage von Rechnungen bzw. Gebührenbescheiden erforderlich. Diese müssen auf die persönlichen Daten des/der eLb als Auftraggeber*in bzw. Rechnungsempfänger*in ausgestellt werden.

**Rechnungen/
Gebühren-
bescheide**

Bei beabsichtigter Auszahlung der Leistung an Dritte ist der in der Anlage beige-fügte Vordruck „Abtretungserklärung an Dritte“ zu verwenden und den Antragsun-

terlagen beizufügen. Zu finden unter Schnellsuche „VB-Abtretungserklärung Zahlung an Dritte“. Die Abtretungserklärung muss von dem/der eLb unterschrieben werden.

Zahlung an Dritte

Grundsätzlich soll keine Kostenzusage durch die IFK erfolgen. Die Kostenzusage erfolgt durch den vom IntegrationsleistungsCenter (ILC) erstellten Bewilligungsbescheid.

Die Antragsunterlagen sind ausschließlich vollständig und ausgefüllt an das ILC zu übersenden.

Hierzu kann es u.a. notwendig sein, fehlende Unterlagen der/des eLb im Rahmen der Mitwirkung gem. §§ 60 ff Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) schriftlich abzufordern. Ein entsprechender Vordruck befindet sich in der BK-Vorlagenauswahl unter Schnellsuche „VB Anforderung von Unterlagen SGB II“. Zu beachten sind das Setzen einer angemessenen Frist und die Belehrung über die Folgen mangelnder Mitwirkung.

Mitwirkungspflichten

Eine Zusicherung gem. § 34 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) ist eine von der zuständigen Behörde erteilte Zusage, einen bestimmten Verwaltungsakt (z.B. den Bewilligungsbescheid) später zu erlassen oder zu unterlassen.

Hinweise zur Zusicherung

Ob eine fehlerhafte/rechtswidrige Zusicherung einer Förderung zurückgenommen werden kann, richtet sich nach § 45 SGB X. Soweit die/des eLb auf den Bestand der Zusicherung vertraut hat und soweit ihr/sein Vertrauen schutzwürdig ist, darf die Zusicherung nicht zurückgenommen werden. Folglich müssten die zugesicherten Leistungen bewilligt werden, auch wenn die Anspruchsvoraussetzungen nicht vorliegen. Ein Haftungsverfahren kann die Folge sein.

Solche Zusicherungen sind zwar grundsätzlich nur wirksam, wenn sie schriftlich gegeben wurden, allerdings können auch mündliche Zusagen, die nachgewiesen werden können, dazu führen, dass die Behörde bei der Ausübung des Ermessens gebunden ist (siehe hierzu auch Urteil des BSG vom 06.04.2006, AZ: B 7a AL 20/05 R, BA-Info Rechtsprechung Nr. 5021a zu § 217 SGB III).

Auch bei zwischenzeitlich erfolgtem Wechsel aus dem Rechtskreis SGB III in den Rechtskreis SGB II ist der Antrag bei Eingang bei Jobcenter team.arbeit.hamburg (JC) mit der fachlichen Stellungnahme/Entscheidung der IFK an das ILC zur weiteren Bearbeitung zu senden. Umgekehrt müssen das Arbeitslosengeld I aufstockende eLb bei der Agentur für Arbeit Leistungen aus dem VB erneut beantragen. Für die Kostenerstattung ist der Träger (Agentur für Arbeit bzw. JC) zuständig, der zum Zeitpunkt der Kostenentstehung für die/den eLb zuständig war, und zwar unabhängig davon, in welchem Rechtskreis (SGB II oder SGB III) die Antragerstellung erfolgte. Die Abrechnung ggf. anteiliger Bewerbungskosten und Weiterleitung einer Kopie des Antrages an die Agentur für Arbeit erfolgt durch das ILC.

Rechtskreiswechsel

3. Förderanlässe

Zur Anbahnung gehören alle Aktivitäten, die notwendig sind, die Aufnahme eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses zu unterstützen. Dazu kann auch die Erzielung von Integrationsfortschritten gehören, insbesondere, wenn sie als Zwischenziele mit der/dem eLb in der EinV vereinbart sind. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um einen Vermittlungsvorschlag oder eine Selbstsuche handelt. Zur Unterstützung gehören auch Kosten zur allgemeinen Verbesserung der Vermittlungssituation.

Anbahnung

Die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung kann auch über den ersten Arbeitstag hinaus unterstützt werden (Fahrtkosten für Pendelfahrten, Kosten für getrennte Haushaltsführung, Kosten für den Umzug). Ein damit verbundener Wegfall der Hilfebedürftigkeit hemmt die Förderung nicht, sofern die Antragstellung vor Beendigung der Hilfebedürftigkeit erfolgte.

Aufnahme

Weiterhin können Leistungen aus dem VB bis zu sechs Monate nach Antritt der versicherungspflichtigen Beschäftigung erbracht werden, auch wenn die Hilfebedürftigkeit aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entfallen ist (§ 16g Abs. 2). Hier muss die Antragstellung nicht vor der Beschäftigungsaufnahme erfolgt sein.

Stabilisierung

Leistungen aus dem VB können auch für die Anbahnung und Aufnahme einer Berufsausbildung (schulisch/betrieblich) erbracht werden.

Berufsausbildung

Soweit jedoch die aufgenommene Berufsausbildung grundsätzlich mit Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder mit Leistungen aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) förderungsfähig ist, ist eine Förderung aus dem VB für Leistungen zur Aufnahme der Ausbildung ausgeschlossen.

Folgende Leistungen können daher nicht aus dem VB gewährt werden: Kosten für

- Pendelfahrten (Ausnahme: s. Pendelfahrten Seite 10)
- Doppelte Haushaltsführung

Die Aufnahme einer Berufsausbildung ist durch den Ausbildungsvertrag nachzuweisen.

4. Fördermöglichkeiten

Um vergleichbare und qualitative Beurteilungsmaßstäbe anlegen zu können, werden in dieser Arbeitsanleitung Festlegungen geschaffen, die eine Hilfestellung geben sollen.

In begründeten Ausnahmefällen besteht die Möglichkeit einer Vorschusszahlung. Hinsichtlich der Höhe des Vorschusses ist ein enger Bezug auf die in der aktuellen EinV geforderten Eigenbemühungen herzustellen. Die Begründung ist von der IFK in einem VB-Vermerk zu dokumentieren.

Vorschuss

Es erfolgt eine pauschalierte Erstattung in Höhe von fünf Euro pro schriftlicher Bewerbung bzw. zwei Euro pro E-Mail- oder Onlinebewerbung. Keine Erstattung erfolgt bei telefonischen oder persönlichen Bewerbungen. Als Richtwert für ein

Bewerbungskosten

Kalenderjahr werden 500 Euro festgelegt, die in begründeten Einzelfällen auch überschritten werden können.

Als Nachweis sind die Anlage zum Antrag sowie vorhandene Antwort- oder Bestätigungsschreiben und Kopien/ Ausdrücke der Bewerbungsschreiben beizufügen. Die Weiterleitung der Nachweise an das ILC kann unterbleiben, wenn die Vorlage in einem VB-Vermerk in VerBIS oder auf dem Vorgang dokumentiert wird.

Die einmal erfolgte Bewerbungskostenantragstellung ist bis zur Eingliederung, z.B. Arbeitsaufnahme oder Wegfall der Hilfebedürftigkeit, gültig.

Nach einem Rechtskreiswechsel im laufenden Kalenderjahr können der/dem eLb bis zu 500 Euro Bewerbungskosten gewährt werden, auch wenn im Rechtskreis SGB III bereits Bewerbungskosten erstattet wurden.

Als Reisekosten können die berücksichtigungsfähigen Fahrkosten übernommen werden, die im Zusammenhang mit Fahrten zu Vorstellungsgesprächen für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bei Arbeitgeber*innen entstehen.

Kosten für die Fahrt zur privaten Arbeitsvermittlung können nach vorheriger Zustimmung der IFK ebenfalls übernommen werden.

Berücksichtigungsfähig sind die bei Benutzung eines regelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittels anfallenden Kosten der niedrigsten Klasse des zweckmäßigsten öffentlichen Verkehrsmittels, wobei mögliche Fahrpreisermäßigungen zu berücksichtigen sind.

Bei Benutzung sonstiger Verkehrsmittel ist ein Betrag in Höhe von 40 Cent je Kilometer, höchstens jedoch grundsätzlich 240 Euro (insgesamt für Hin- und Rückfahrt), berücksichtigungsfähig. Abweichende Entscheidungen bedürfen der Zustimmung der Teamleitung.

Reisekosten können grundsätzlich nur gewährt werden, wenn die entstandenen Kosten durch entsprechende Belege nachgewiesen werden (z.B. abgelaufene Fahrkarte).

Bei erforderlichen Übernachtungen können die nachgewiesenen und angemessenen Kosten in Höhe von bis zu 100 Euro (incl. Frühstück in Höhe von bis zu 105 Euro) erstattet werden.

Kosten für Taxifahrten und Fahrdienste können in besonders begründeten Ausnahmefällen übernommen werden, wenn andere Verkehrsmittel nicht benutzt werden können oder die Kostenübernahme vergleichsweise wirtschaftlicher ist als die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Eine Erstattung kann grundsätzlich unter Vorlage eines geeigneten Nachweises (z.B. ärztliches Attest, Feststellungsbescheid) erfolgen.

Reisekosten zum Vorstellungsgespräch

Berücksichtigungsfähig sind die bei Benutzung eines regelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittels anfallenden Kosten der niedrigsten Klasse des

Fahrkosten zum Antritt einer versicherungspflichtigen Beschäftigung

zweckmäßigsten öffentlichen Verkehrsmittels, wobei mögliche Fahrpreisermäßigungen zu berücksichtigen sind. Bei Benutzung sonstiger Verkehrsmittel sind 40 Cent je Kilometer zugrunde zu legen.

Kosten für Taxifahrten und Fahrdienste können in besonders begründeten Ausnahmefällen übernommen werden, wenn andere Verkehrsmittel nicht benutzt werden können oder die Kostenübernahme vergleichsweise wirtschaftlicher ist als die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Eine Erstattung kann grundsätzlich unter Vorlage eines geeigneten Nachweises (z.B. ärztliches Attest, Feststellungsbescheid) erfolgen.

Bei auswärtiger Arbeitsaufnahme können die Kosten der tatsächlichen arbeitstäglichen Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstelle (Hin- und Rückfahrten) bis zu sechs Monate nach Beginn der versicherungspflichtigen Beschäftigung bis zu 480 Euro pro Monat übernommen werden.

**Fahrkosten für
Pendelfahrten**

Bei Arbeitsaufnahme innerhalb Hamburgs können die Kosten der tatsächlichen arbeitstäglichen Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstelle (Hin- und Rückfahrten) für maximal zwei Monate nach Beginn der versicherungspflichtigen Beschäftigung bis zu 480 Euro pro Monat übernommen werden.

Bei Aufnahme einer Berufsausbildung können die Fahrkosten bis zur Zahlung der ersten Ausbildungsvergütung übernommen werden, soweit diese im vorliegenden Einzelfall nicht mit BAB oder BAföG gefördert werden können.

Berücksichtigungsfähig sind die bei Benutzung eines regelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittels anfallenden Kosten der niedrigsten Klasse des zweckmäßigsten öffentlichen Verkehrsmittels, wobei mögliche Fahrpreisermäßigungen zu berücksichtigen sind. Bei Benutzung sonstiger Verkehrsmittel sind 40 Cent je Kilometer zugrunde zu legen.

Bei auswärtiger Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung können bis zu sechs Monate nach Beginn der versicherungspflichtigen Beschäftigung die Kosten für die Unterkunft am Arbeitsort auf Nachweis (z.B. Mietvertrag) bis zu einer Höhe von 500 Euro monatlich übernommen werden.

**Kosten für doppelte
Haushaltsführung**

Die Kosten für die Beförderung des Umzugsgutes in Anlehnung an § 6 Abs. 3 S. 1 des Bundesumzugskostengesetzes von der bisherigen Wohnung zur neuen Wohnung (in begründeten Einzelfällen auch von einer Zwischenlagerung) können übernommen werden, wenn am Tag der Antragstellung Hilfebedürftigkeit nach § 9 vorliegt und der Umzug durch die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung bedingt ist, die außerhalb des nach § 140 Abs. 4 SGB III zumutbaren Tagespendelbereichs liegt. Bei Umzügen aus anderen Gründen als einer versicherungspflichtigen Beschäftigung kann eine Kostenerstattung gemäß § 22 (6) infrage kommen.

Kosten für den Umzug

Die Kosten für den Umzug sind nur zu erstatten, wenn die Arbeitsaufnahme tatsächlich stattgefunden hat.

Grundsätzlich sind z.B. keine Montagekosten, Auf- und Abbauten von Möbeln und Entrümpelungen zu erstatten. Sollte jedoch die Arbeitsaufnahme durch die Teilablehnung scheitern, kann im Rahmen des Ermessens im Einzelfall eine Kostenübernahme erfolgen. Die Entscheidung ist nachvollziehbar zu begründen. Kosten für private Helfer*innen und Verpflegung können nicht übernommen werden. Der Umzug kann sowohl in Eigenregie als auch durch ein Umzugsunternehmen durchgeführt werden. Vor Anmietung eines geeigneten Fahrzeugs oder Beauftragung eines Umzugsunternehmens sind zwei Kostenvoranschläge von voneinander unabhängigen Unternehmen einzuholen. Die Erstattung der Kosten ist nur bei Vorlage einer Rechnung möglich.

Die Kosten für Arbeitsmittel und Arbeitskleidung, die für die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung notwendig und nicht von Arbeitgeber*innen zu stellen sind, können bis zu einer Höhe von 600 Euro erstattet werden.

Es ist eine Bescheinigung der/des Arbeitgeber*in vorzulegen, aus der hervorgeht, dass keine Kostenerstattung durch den/die Arbeitgeber*in erfolgt. Die Kosten dürfen nur gewährt werden, wenn die Arbeitsmittel nicht von Arbeitgeber*innen aufgrund eines Gesetzes (z.B. Arbeitsschutzbestimmungen [Arbeitsschutzbekleidung], Unfallverhütungsvorschriften), eines Tarifvertrages oder sonstiger Regelungen zu stellen sind.

Sollte jedoch die Arbeitsaufnahme durch die Begrenzung auf den Höchstbetrag scheitern, kann im Rahmen des Ermessens im Einzelfall eine Übernahme von höheren Kosten erfolgen. Die Entscheidung ist nachvollziehbar zu begründen.

Kosten für Arbeitsmittel

Für die Bewilligung von Arbeitsmitteln oder Arbeitskleidung kann ein Gutscheinverfahren genutzt werden. Der entsprechende Vordruck ist in der BK-Vorlagenauswahl unter Schnellsuche „Gutschein-Arbeitsmittel“ hinterlegt.

Vor Ausgabe eines Gutscheines ist von der/dem eLb immer

- ein „VB-Antrag“ auszufüllen und zu unterschreiben,
- eine Abtretungserklärung auszufüllen
- und ein Nachweis der/des Arbeitgebers*in (z.B. Arbeitsvertrag) vorzulegen, aus dem hervorgeht, welche Arbeitsmittel notwendig sind
- und dass diese/dieser nicht für die Kosten aufkommt.

Die Unterlagen sind nur vollständig an das ILC zu übersenden.

Gutschein bei Arbeitsmitteln

Sonstige Kosten, die für die Anbahnung einer Berufsausbildung oder versicherungspflichtigen Beschäftigung notwendig sind, können erstattet werden, zum Beispiel für:

- Übersetzungen
- Beglaubigungen
- Anerkennungsverfahren
- Bewerbungsfotos
- Unterstützung der Persönlichkeit

Sonstige Kosten

- Infodienste
- Reisekosten zum Messebesuch
- Impfungen
- Prüfungsgebühren
- Gesundheits- oder Führungszeugnis (bei Vorlage einer Negativbescheinigung des Bezirksamtes)
- „Fahrerkarte“
- Personenbeförderungsschein
- Fahrerlaubnis Klasse B / BE
- Anschaffung Kfz / Fahrrad
- Reparaturkosten Kfz
- Individuelles Coaching
- Begleitkosten für Maßnahmen / Kurse, an deren Einrichtung die Grundsicherungsstelle nicht beteiligt ist

Ausführliche Beschreibungen dieser Fördermöglichkeiten sind nachfolgend aufgeführt. Diese Fördermöglichkeiten stellen einen Orientierungsrahmen und keine abschließende Aufzählung dar.

Kosten für Übersetzungen von Dokumenten, die für die Anbahnung oder Aufnahme einer Berufsausbildung oder versicherungspflichtigen Beschäftigung notwendig sind, können erstattet werden. Der/die eLb ist darauf hinzuweisen, dass Übersetzungen nur von allgemein vereidigten und öffentlich bestellten Übersetzer*innen durchzuführen sind. Adressen sind zu finden im Justizportal des Bundes und der Länder in dem Feld „Suche: Dolmetscher“.

Die Erstattung der Kosten ist nur bei Vorlage der Rechnungen bzw. der Gebührenbescheide möglich. Diese müssen auf die persönlichen Daten des/der eLb als Auftraggeber*in bzw. Rechnungsempfänger*in ausgestellt werden.

Übersetzungen

Kosten für die Beglaubigungen von Dokumenten, die für die Anbahnung oder Aufnahme einer Berufsausbildung oder versicherungspflichtigen Beschäftigung notwendig sind, können erstattet werden. Hierbei kann es sich z.B. um staatliche Schulzeugnisse, Urkunden über Promotionen u.Ä. handeln. Beglaubigungen werden z.B. durch die Kundenzentren in Hamburg vorgenommen.

Die Erstattung der Kosten ist nur bei Vorlage von Kopien der Rechnungen bzw. der Gebührenbescheide möglich. Diese müssen auf die persönlichen Daten des/der eLb als Auftraggeber*in bzw. Rechnungsempfänger*in ausgestellt werden.

Beglaubigungen

Die Kosten, die im Rahmen des ersten Anerkennungsverfahrens anfallen, zum Beispiel für

- Übersetzungen
- Beglaubigungen
- Verfahrensgebühren
- Prüfungsgebühren

Anerkennungsverfahren

- Qualifikationsanalyse nach § 14 Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG)
- Fahrtkosten zu einer Anpassungsmaßnahme, sofern die Fahrtkosten nicht durch die Träger*innen übernommen werden
- Fahrtkosten zu Sprachtutorien während einer Anpassungsmaßnahme
- Fahrtkosten zu Praktikumsbetrieben im Rahmen einer Anpassungsqualifizierung

Weitere Kosten, sofern diese dem Grunde nach förderfähig sind, können bei vorheriger Antragstellung aus dem VB übernommen werden, sofern sie für die Anbahnung oder Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung notwendig sind.

Die Inanspruchnahme eines Stipendiums der Freien und Hansestadt Hamburg ist nur nachrangig zu Leistungen des SGB II möglich.

Ein Hinweis auf dieses Förderprogramm sollte nur erfolgen, sofern eine Finanzierung durch das JC rechtlich oder tatsächlich im Einzelfall nicht möglich ist.

Weitere Informationen sind im Intranet vorhanden: Vermittlung > Besondere Zielgruppen Migranten/Anerkennung Abschlüsse /Information zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Kosten für angemessene Bewerbungsfotos, die für die Anbahnung der Aufnahme einer Berufsausbildung oder versicherungspflichtigen Beschäftigung notwendig sind, können erstattet werden.

Bewerbungsfotos

Kosten für Friseurbesuche oder sonstige Ausgaben im Rahmen eines Vorstellungsgespräches können zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Bewerber*innen übernommen werden, wenn ein schriftlicher Nachweis über ein persönliches Vorstellungsgespräch vorliegt und die Angemessenheit (Höhe der Kosten im Zusammenhang mit der angestrebten Tätigkeit) gegeben ist.

Es können Kosten bis zu einem Betrag in Höhe von 300 Euro übernommen werden

**Unterstützung der
Persönlichkeit**

Kosten für Infodienste die Stellenangebote enthalten (z.B. in digitalen Medien oder Printmedien), können im begründeten Einzelfall bis zu einer Höhe von 300 Euro im laufenden Kalenderjahr gefördert werden, wenn dies für die Anbahnung einer Berufsausbildung oder versicherungspflichtigen Beschäftigung notwendig ist. Ein begründeter Einzelfall kann vorliegen, wenn für eine spezielle Berufsgruppe Stellenangebote nur über kostenpflichtige Infodienste generiert werden können. Die Zahlung erfolgt grundsätzlich nachträglich nach Vorlage der Rechnung.

Infodienste

Als Reisekosten können im Rahmen der Anbahnung einer Berufsausbildung oder eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses die berücksichtigungsfähigen Fahrtkosten übernommen werden, die im Zusammenhang mit

**Reisekosten zum
Messebesuch**

Fahrten zu Bildungs- oder Jobmessen entstehen, wenn durch die Teilnahme, im Rahmen der Eingliederungsstrategie, voraussichtlich ein Integrationsfortschritt erzielt werden kann (zum Beispiel: Kontaktierung von potentiellen Arbeitgeber*innen, Netzwerkbildung, Erwerb erweiterter Kenntnisse). Die Begründung für die Teilnahme an der Messe ist von der IFK in einem VB-Vermerk zu dokumentieren.

Berücksichtigungsfähig sind die bei Benutzung eines regelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittels anfallenden Kosten der niedrigsten Klasse des zweckmäßigsten öffentlichen Verkehrsmittels, wobei mögliche Fahrpreisermäßigungen zu berücksichtigen sind. Bei Benutzung sonstiger Verkehrsmittel ist ein Betrag in Höhe von 40 Cent je Kilometer, höchstens jedoch grundsätzlich 240 Euro (insgesamt für Hin- und Rückfahrt), berücksichtigungsfähig.

Reisekosten können grundsätzlich nur gewährt werden, wenn die entstandenen Kosten durch entsprechende Belege nachgewiesen werden (Eintrittskarte, abgelaufene Fahrkarte).

Kosten für Taxifahrten und Fahrdienste können in besonders begründeten Ausnahmefällen übernommen werden, wenn andere Verkehrsmittel nicht benutzt werden können oder die Kostenübernahme vergleichsweise wirtschaftlicher ist als die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Eine Erstattung kann grundsätzlich unter Vorlage eines geeigneten Nachweises (z.B. ärztliches Attest, Feststellungsbescheid) erfolgen.

Kosten für Impfungen, die für die Anbahnung oder Aufnahme einer Berufsausbildung oder einer versicherungspflichtigen Beschäftigung notwendig sind, können erstattet werden.

Impfungen

Prüfungsgebühren, die für die Anbahnung oder Aufnahme einer Berufsausbildung oder versicherungspflichtigen Beschäftigung notwendig sind, dürfen nur erstattet werden, wenn andere Leistungen nach dem SGB II nicht aufgestockt, ersetzt oder umgangen werden (s. unter 5. Abgrenzung zu anderen Leistungen – Vorrangigkeit) und auch keine vorrangige gesetzliche Verpflichtung anderer Stellen gilt (s. unter 6. Förderausschlüsse – Vorrang anderer Träger*innen).

Prüfungsgebühren

Kosten für die Fahrerkarte dürfen nur erstattet werden, sofern die/der eLb sich nachweislich bemüht, in diesem Beruf tätig zu werden.

„Fahrerkarte“

Für die Beantragung eines Personenbeförderungsscheines (Fahrerlaubnis zur gewerblichen Personenbeförderung) können folgende Kosten übernommen werden:

Personenbeförderungsschein

- Gebühren für die Antragstellung
- ggf. Gebühren für den Austausch des alten Führerscheines in den EU-Kartenführerschein inklusive erforderliche Passfotos
- Kosten für die erforderlichen ärztlichen Gutachten.

Sofern der Personenbeförderungsschein ausschließlich für die Anstellung als Taxifahrer*in erworben werden soll, kann keine Förderung erfolgen (siehe unter 6. Förderausschlüsse - Taxischein).

Die Gebühren für die Ausstellung eines Gesundheits- oder Führungszeugnisses werden in Hamburg grundsätzlich vom zuständigen Bezirksamt erlassen, sofern ein aktueller Bewilligungsbescheid für Leistungen der Grundsicherung vorgelegt wird.

**Gesundheits- oder
Führungszeugnis**

Im Falle der Nichtübernahme der Kosten durch das Bezirksamt können der/dem eLb, bei Vorlage einer entsprechenden Negativbestätigung seitens des Bezirksamtes, die Kosten über das VB erstattet werden.

Die Förderung des Erwerbs der Fahrerlaubnis Klasse B und/oder BE ist möglich, wenn diese zur Ausübung einer konkret aufzunehmenden Berufsausbildung bzw. sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erforderlich ist. Der Nachweis erfolgt durch die Vorlage einer schriftlichen Bestätigung der Arbeitgeber*innen. Die Förderung der Fahrerlaubnis Klasse B ist auch möglich, wenn ein konkreter Ausbildungs-/Arbeitsplatz nicht auf andere Weise erreicht werden kann (räumlich) und andere in Frage kommende Ausbildungs-/Arbeitsplätze nicht zur Verfügung stehen.

Fahrerlaubnis Klasse B/BE

Die Förderung ist ebenfalls möglich, wenn die Fahrerlaubnis zur Ausübung des Berufsbildes (z.B. Kundendienste, Mobile Pflege) erforderlich ist. Dies ist auch im Vorfeld bzw. parallel zu einer Qualifizierung/Ausbildung im Rahmen der Anbahnung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung möglich.

Eine Förderung kann nur erfolgen, wenn das Sprachniveau der/des eLb aus Sicht der IFK ausreichend ist, um die erfolgreiche Erlangung der Fahrerlaubnis zu gewährleisten.

Die Zustimmung der Teamleitung zur Entscheidung ist erforderlich.

Es sollen mindestens zwei Kostenvoranschläge voneinander unabhängiger Fahrschulen vorgelegt werden. Erstattungsfähig sind die Kosten bis zur Höhe des wirtschaftlichsten Angebotes (Angemessenheit), unter Berücksichtigung der gleichen Anzahl von Übungsstunden (Vergleichbarkeit).

Kosten für den Erwerb der Fahrerlaubnis Klasse B können bis zu einem Betrag von 2.500 Euro übernommen werden. Kosten für den Erwerb der Fahrerlaubnis Klasse BE sind bis zu einem Betrag von 1.000 Euro förderfähig.

Bei der Notwendigkeit einer ersten oder zweiten Wiederholungsprüfung können für B und/oder BE je bis zu 550 Euro, nach erneuter Prüfung, übernommen werden.

Die Bewilligung ist mit der Auflage zu verbinden, dass die Prüfung innerhalb von sieben Monaten nach Zugang des Bewilligungsbescheides erfolgreich abgeschlossen wird.

Die IFK begleiten und unterstützen ihre/ihren Kund*in angemessen während der Maßnahme (hier: Erwerb der Fahrerlaubnis), um einen erfolgreichen Abschluss der Maßnahme innerhalb der vorgesehen Zeit und des Kostenrahmens ermöglichen zu können. Liegt danach kein Nachweis über eine erworbene Fahrerlaubnis vor, erfolgt eine Anhörung durch das ILC. Dort wird (nach Rücksprache mit der IFK) über einen Widerruf des Bescheides für die Zukunft bzw. Vergangenheit entschieden.

Die Anschaffungs- und Zubehörkosten für Fahrzeuge aller Art werden grundsätzlich nicht bezuschusst. In begründeten Ausnahmefällen ist an die Entscheidungsfindung ein eng angelegter Maßstab zu setzen. Dabei soll die Einstellungszusage gewürdigt werden. Der Nachweis erfolgt in der Regel durch die Vorlage eines geschlossenen Arbeitsvertrages.

**Anschaffung Kfz/
Fahrrad**

Die Zustimmung der Teamleitung ist erforderlich.

Die Kosten können bis zu einem Betrag von 2.000 Euro übernommen werden. Überschreitet der Kaufpreis den Betrag von 2.000 Euro, ist die Eigenbeteiligung nachvollziehbar zu erklären und die Zahlung nachzuweisen.

Die Entscheidung ist aufgrund eines gewerblichen Händlerangebotes zu treffen. Es sollen mindestens zwei Vergleichsangebote vorgelegt werden. Erstattungsfähig sind die Kosten bis zur Höhe des wirtschaftlichsten Angebotes (Angemessenheit).

Die Reparaturkosten bzw. die Kosten für notwendige Bereifung für ein vorhandenes eigenes Kfz können – abhängig vom Restwert des Fahrzeugs – mit bis zu 1.000 Euro übernommen werden. Hierzu ist die Prognose der zuständigen IFK erforderlich, dass kurzfristig Arbeit aufgenommen werden kann, wenn ein einsatzbereites Kfz zur Verfügung steht. Der Termin für die nächste Hauptuntersuchung des Fahrzeugs muss zum Zeitpunkt der Reparatur noch mindestens sechs Monate in der Zukunft liegen.

Reparaturkosten Kfz

Es sollen mindestens zwei Vergleichsangebote voneinander unabhängiger Anbieter*innen vorgelegt werden. Erstattungsfähig sind die Kosten bis zur Höhe des wirtschaftlichsten Angebotes (Angemessenheit).

Die Kosten für das individuelle Coaching können übernommen werden. Dies kann z. B. zur Vorbereitung eines Auswahlverfahrens zur Anbahnung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erfolgen.

Individuelles Coaching

Mit engem Bezug zu den Festlegungen in der EinV können die Begleitkosten, die durch die Teilnahme an Kursen oder Maßnahmen anderer Träger*innen entstehen (auch Kofinanzierung von mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderten Landesprogrammen – siehe auch Internet: www.esf-hamburg.de), an deren Einrichtung die Grundsicherungsstelle nicht beteiligt ist, aus dem VB gefördert werden, wenn die Kosten angemessen und für die berufliche Eingliederung notwendig sind.

Maßnahmen/Kurse, an deren Einrichtung die Grundsicherungsstelle nicht beteiligt ist

Als Begleitkosten können z.B. die Fahrkosten zum Maßnahmeort oder Arbeitskleidung/ Arbeitsmittel übernommen werden. Kosten für die Kursteilnahme an sich (z.B. Kursgebühren) werden aus dem VB nicht übernommen.

In besonderen Fällen können unter sehr engen Voraussetzungen Kinderbetreuungskosten übernommen werden (vgl. dazu den Punkt Kinderbetreuungskosten Seite 16).

5. Abgrenzung zu anderen Leistungen

Vorrangig ist stets zu prüfen, ob eine Förderung nach §§ 45 oder 81 ff SGB III möglich ist.

Vorrangigkeit

Hierfür können u.a. das Buchungsportal sowie die zur Verfügung gestellten Arbeitsanleitungen, Fachlichen Hinweise, Infoblätter und sonstigen Informationen genutzt werden.

Erst bei Vorliegen einer negativen Stellungnahme der IFK ist das Vorliegen der Voraussetzungen zur Förderung über das VB denkbar.

Leistungen für die Teilnahme an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung gem. § 45 SGB III (MAbE) sowie Leistungen zur Teilnahme an einer Maßnahme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung gem. §§ 81 ff SGB III (FbW) dürfen aus dem VB nicht gewährt werden.

FbW/ MAbE

Die notwendigen Kosten, die im Zusammenhang mit einer MAbE oder FbW anfallen, sind ausschließlich durch diese Instrumente zu finanzieren. Die Kosten sind Gegenstand der Ausschreibungsverfahren bzw. der Zulassung durch die fachkundigen Stellen. Daher scheidet eine Förderung aus dem VB aus. Die erstattungsfähigen Kosten ergeben sich für die FbW abschließend aus dem Maßnahmebogen (Punkt 11 und 18), bei MAbE aus dem Angebot, für das die/der Träger*in im Ausschreibungsverfahren den Zuschlag erhalten hat.

Bei Teilnahmen an MAT nach § 45 SGB III richtet sich eine Kostenerstattung nach den Grundsätzen zu § 45 SGB III.

MAT

Die Kosten eines Praktikums bei potentiellen Arbeitgeber*innen können aus dem VB nicht erstattet werden. In diesen Fällen ist die Kostenübernahme im Rahmen einer „Maßnahme bei einem Arbeitgeber“ (MAG) zu prüfen.

MAG/ Praktikum

Reisekosten im Rahmen der Allgemeinen Meldepflichten nach § 309 SGB III können nicht über die Förderung aus dem VB erstattet werden, sondern stellen eine eigenständige Ermessensleistung dar. Sie sind mit dem in der BK-Vorlagenauswahl unter Schnellsuche „Antrag zur Übernahme von Reisekosten“ zu findenden Antrag zu beantragen.

**Reisekosten
Meldepflicht
§ 309 SGB III**

6. Förderausschlüsse

Die Förderung einer Anbahnung oder Aufnahme von nichtversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, z.B. im Beamtenverhältnis, selbstständige Tätigkeit, Studium oder Minijob (Ausnahme S. 4) aus dem VB ist unzulässig. Die Förderung einer Beschäftigungsaufnahme nach dem Bundesfreiwilligengesetz ist ebenfalls unzulässig.

**Nichtversicherungs-
pflichtige Beschäfti-
gungsverhältnisse**

Die Kosten für einen so genannten Taxischein werden grundsätzlich nicht erstattet, weil die Tätigkeit als angestellte/r Taxifahrer*in aufgrund der Überversorgung arbeitsmarktpolitisch nicht zweckmäßig ist.

Taxischein

Die Kosten für die Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU) sowie für die Wiedererlangung der Fahrerlaubnis wegen zeitweisen Entzugs sind grundsätzlich nicht förderbar.

MPU

Die Gebühren für die Ausstellung eines Personalausweises bzw. eines Reisepasses können nicht übernommen werden (lediglich im Rahmen eines Darlehens im Rahmen der passiven Leistungen möglich).

**Personalausweis oder
Reisepass**

Im Bereich des SGB II regelt § 16a die Kinderbetreuung explizit als kommunale Eingliederungsleistung. Eine Förderung dieser Leistungen aus dem VB ist daher grundsätzlich ausgeschlossen.

Kinderbetreuungskosten

Bei der Anbahnung von versicherungspflichtigen Beschäftigungen kann sich eine andere Bewertung ergeben. Um an Vorstellungsgesprächen oder Maßnahmen teilnehmen zu können, kann sich ein kurzfristiger und vorübergehender Unterstützungsbedarf bzw. dadurch bedingte Mehraufwendungen für die Kinderbetreuung ergeben. Der Mehrbedarf kann aus dem VB abgedeckt werden, darf jedoch kommunale Leistungen nicht ersetzen. Eine regelmäßige Übernahme der anfallenden Kinderbetreuungsbeiträge kann nicht abgeleitet werden.

Allgemeine Sprachkurse sind grundsätzlich über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie berufsbezogene Sprachkurse über die Maßnahmen bei Trägern (MAT) oder die Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) abgedeckt.

Allgemeine Sprachkurse

Kosten für die Teilnahme an Deutschkursen können aus dem VB nicht übernommen werden. Sofern eine geeignete Maßnahme oder ein geeigneter Kursus über ein anderes Regelinstrument (auch Einzelfallförderung) angeboten wird, dürfen private oder persönliche Gründe der/des eLb nicht dazu führen, dass eine Förderung aus dem VB erfolgt.

Kosten, die im Zusammenhang mit Schulabschlüssen (z.B. Haupt- oder Realschule, Berufsvorbereitungsjahr) stehen, sind nicht aus dem VB förderfähig, da hier kein direkter Zusammenhang mit der Anbahnung oder Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung besteht.

Schulabschlüsse

Bei Rehabilitationsfällen ist der Vorrang anderer Leistungsträger*innen besonders zu beachten.

Reha-Fälle

Nach § 5 gilt die vorrangige gesetzliche Verpflichtung anderer Träger*innen von Sozialleistungen oder anderer Stellen. Aus dem VB können keine Kosten übernommen werden, für die andere (Sozial-)Leistungsträger*innen dem Grunde nach zuständig sind (z.B. Brillen, Zahnersatz). Dies gilt auch dann, wenn von den zuständigen Leistungsträger*innen keine Leistungen gewährt werden, Eigenanteile vorgesehen sind oder die Leistungen faktisch nicht erbracht werden. Für auftretende Bedarfe, die von der Regelleistung umfasst sind, kommt ggf. die Gewährung eines Darlehens nach § 24 Abs. 1 in Betracht. Soweit die/der eLb eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit aufnimmt, könnte im Einzelfall das Darlehen durch Einstiegsgeld nach § 16b abgelöst werden.

**Vorrang anderer
Träger*innen**

7. Zusammenarbeit mit dem ILC

Für die Bearbeitung der Anträge sind nachvollziehbare, vollständige Unterlagen an das ILC zu übermitteln. Welche Unterlagen für die verschiedenen Fördermöglichkeiten benötigt werden, kann der VB-Checkliste im BK-Browser entnommen werden, zu finden unter: Lokale Vorlagen / team.arbeit.hamburg / Vermittlung. VerBIS-Vermerke sind nicht in die E-Akte zu kopieren.

**Übermittlung von
Unterlagen**

(Teil-)Ablehnungsbescheide werden durch das ILC erstellt. Hierzu ist es erforderlich, dass die IFK dem ILC eine detailliert rechtlich begründete Stellungnahme und eine Entscheidung zur Verfügung stellt. Aus der Stellungnahme müssen die Gründe hervorgehen, die zu einer Ablehnung geführt haben. Diese sind in VerBIS zu dokumentieren. Der Vordruck zur Erstellung der Entscheidung über den Antrag befindet sich in der BK-Vorlagenauswahl unter Schnellsuche „VB Stellungnahme SGB II“. Die IFK kann sich in der Vorlage auf die in VerBIS dokumentierte Stellungnahme beziehen.

(Teil-)Ablehnungen

Ist aus einem von der/dem eLb unterschriebenen, formlosen Antrag erkennbar, dass eine Förderung aus dem Vermittlungsbudget begehrt wird, ist eine Nachholung des Antrages auf dem vorgesehenen Formblatt entbehrlich, wenn offensichtlich ist, dass es zu einer Ablehnung kommen wird.

Anhang

Bundesumzugskostengesetz (BUKG)

§ 6 Beförderungsauslagen

(3) Umzugsgut sind die Wohnungseinrichtung und in angemessenem Umfang andere bewegliche Gegenstände und Haustiere, die sich am Tage vor dem Einladen des Umzugsgutes im Eigentum, Besitz oder Gebrauch des Berechtigten oder anderer Personen befinden, die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben. Andere Personen im Sinne des Satzes 1 sind der Ehegatte, der Lebenspartner sowie die ledigen Kinder, Stief- und Pflegekinder. Es gehören ferner dazu die nicht ledigen in Satz 2 genannten Kinder und Verwandte bis zum vierten Grade, Verschwägerter bis zum zweiten Grade und Pflegeeltern, wenn der Berechtigte diesen Personen aus gesetzlicher oder sittlicher Verpflichtung nicht nur vorübergehend Unterkunft und Unterhalt gewährt, sowie Hausangestellte und solche Personen, deren Hilfe der Berechtigte aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen nicht nur vorübergehend bedarf.

EU-/EWR - Staaten und Schweiz

Belgien	Bulgarien
Dänemark	Deutschland
Estland	Finnland
Frankreich	Fürstentum Lichtenstein
Griechenland	Irland
Island	Italien
Kroatien	Lettland
Litauen	Luxemburg
Malta	Niederlande
Norwegen	Österreich
Polen	Portugal
Rumänien	Schweden
Schweiz	Slowakei
Spanien	Tschechische Republik
Ungarn	Vereinigtes Königreich
Zypern	

Anlage

Abtretungserklärung	jobcenter team.arbeit.hamburg
---------------------	---

Name, Vorname	Geburtsdatum	Kundennummer
<p>Hiermit erkläre ich, dass ich meinen Anspruch auf Geldleistung/en aus meinem Antrag vom _____ auf _____ in voller Höhe/in Höhe von _____ Euro an folgende/n Empfänger*in abtrete:</p> <p>Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung: _____</p> <p>Anschrift: _____</p> <p>Name der Bank: _____</p> <p>IBAN: _____</p> <p>BIC: _____</p>		
<p>_____ Ort, Datum</p>	<p>_____ Unterschrift/Kund*in</p>	